



HESSISCHER LANDTAG

14. 12. 2010

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD

betreffend Zusammenlegung von BKA und Bundespolizei

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag spricht sich für den vollständigen Verbleib des Bundeskriminalamtes (BKA) in Wiesbaden und den Erhalt der rund 5.500 Arbeitsplätze beim BKA aus.
2. Der Hessische Landtag verurteilt die ohne Rücksprache mit der BKA-Behördenleitung und den BKA-Bediensteten durch den Bundesinnenminister de Maizière veröffentlichten Pläne einer Zusammenlegung von BKA und Bundespolizei.
3. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich ebenso wie die Bundesländer Bayern, Niedersachsen und Berlin gegen die von Bundesinnenminister de Maizière angekündigte Zusammenlegung von BKA und Bundespolizei zu wenden.
4. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auch für den Erhalt der Standorte der Bundespolizei in Hessen einzusetzen.

Wiesbaden, 14. Dezember 2010

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel